

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Neugebauer, Fauland
Kolleginnen und Kollegen

zur Weiterentwicklung des Dienstrechts
eingebracht im Zuge der Debatte zu Tagesordnungspunkt 11 in der 129. Sitzung des
Nationalrates

In Österreich wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Reformmaßnahmen zur nachhaltigen Modernisierung des öffentlichen Dienstes und zur Stärkung von Bürgernähe und Effizienz entwickelt. Durch diese Maßnahmen konnte auch ein beachtlicher kostendämpfender Effekt für den Bundeshaushalt erzielt werden. Zahlreiche Reformen wurden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Hand angestoßen und alle Maßnahmen wurden gemeinsam entwickelt und umgesetzt.

Ohne die Kreativität und die Unterstützung der Beamten und Vertragsbediensteten wären die zahlreichen Reformerfolge - die zum Teil auch im europäischen Ausland große Aufmerksamkeit erregen und als Beispiel dienen - nicht realisierbar gewesen.

Darüber hinaus wurden zahlreiche gesetzlichen Maßnahmen ergriffen, die der modernen Arbeitswelt Rechnung tragen und der Angleichung der Rechts-, Arbeits- und Pensionssituation von Beamten und Beamtinnen sowie nach privatem Recht Angestellten dienen sollen. Als herausragendstes Beispiel gilt die bereits in Kraft befindliche sog. Pensionsharmonisierung, die die Gleichstellung zwischen öffentlichen Ruhebezügen des Bundes und den Pensionen von Pensionsversicherten herbeiführt.

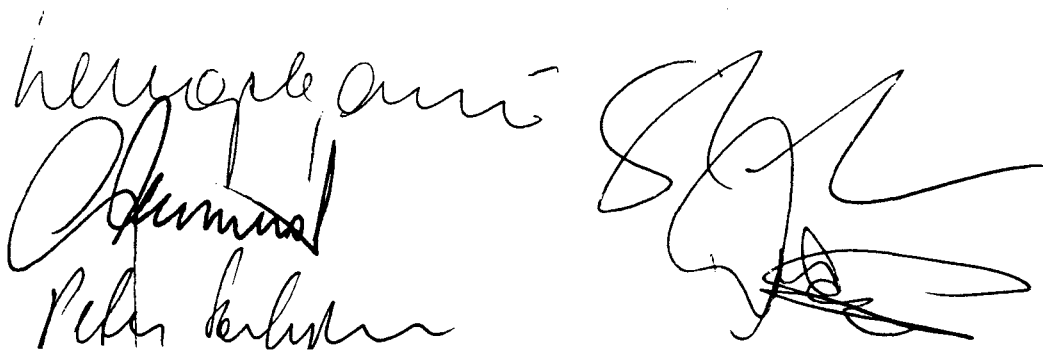
Dieser erfolgreiche Weg gleicher Chancen für alle Arbeitnehmer soll mit einer weitgehenden Angleichung der aktiven Dienstrechte der Beamten und Vertragsbediensteten, sowie der in der Privatwirtschaft Tätigen fortgesetzt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird ersucht, ein einheitliches Bundesmitarbeiterrecht unter Berücksichtigung berufsspezifischer Anforderungen auf verfassungskonformer Grundlage vorzubereiten. Weiters wird die Bundesregierung ersucht, in diesem Kontext die Frage einheitlicher Ruhensbestimmungen mit dem Ziel zu behandeln, diese aus arbeitsmarktpolitischer Sicht einer für Alle gleichwertigen Lösung zuzuführen."



Handwritten signatures of three members of the Austrian National Council: Hermann, Peter, and another member.